

Tages-Anzeiger

Die unabhängige schweizerische Tageszeitung

Montag
16. Dezember 2013

Fr. 3.50, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich
121. Jahrgang Nr. 292

Beziehung Auf Paare, die zusammenziehen, lauern viele Fallen. Ein Psychologe verrät, wie man diese umgeht. 23

Shopping Geht es nach Firmen wie Apple oder Google, ersetzt das Handy bald einmal das Portemonnaie. 34

Sport Dario Cologna hängt bei der Wahl zum Sportler des Jahres alle ab. 44



Der Bund zahlt einen Höhenbonus für Windanlagen in den Schweizer Alpen

Von den Subventionen profitiert ein umstrittenes EWZ-Projekt. Landschaftsschützer sind empört.

Von Stefan Häne

Windkraft soll in grossen Höhen rentabler werden - dank neuen Subventionen. Der Bundesrat schafft deshalb in der Energieverordnung einen Höhenbonus. Heute wird im Rahmen der kostendeckenden Einspeisevergütung jede Kilowattstunde Windstrom mit 21,5 Rappen subventioniert - unabhängig davon, wo sie steht. Ab 1. Januar 2014 erhalten alle neuen Anlagen auf 1700 Meter über Meer und höher maximal 2,5 Rappen mehr. Mit dem Höhenbonus will der Bundesrat den speziellen Bedingungen im Gebirge Rechnung tragen. Weil die Luft dort dünner und der Wind turbulenter ist, produzieren Anlagen gemäss Experten bis zu einem Viertel weniger Strom als im Flachland.

Vom Höhenbonus profitieren könnten die Elektrizitätswerke der Stadt Zürich (EWZ), die zusammen mit dem Unternehmen Altaventa in der Surselva auf über 2000 Meter Höhe den grössten Windpark der Schweiz planen. Auf dem Gemeindegebiet von Lugnez und Obersaxen sollen dereinst 40 Windanlagen Strom für 28 000 Haushalte liefern. Erste Windmessungen sind allerdings nicht zur Zufriedenheit der Projektpromotoren ausgefallen: Der Wind weht am vorgesehenen Standort zu schwach und zu wenig regelmässig, weshalb das Projekt noch nicht als rentabel gilt.

«Ein Konflikt wird angeheizt»

Damit wird der Höhenbonus zur Chance, die Schwelle zur Wirtschaftlichkeit zu überschreiten. «Wir begrüßen es, dass so nun eher Windparks in den Alpen gebaut werden können», sagt EWZ-Sprecher Harry Graf. Naturschützer hingegen laufen Sturm gegen den Windpark. Den Höhenbonus taxieren sie als schädlichen Subventionsanreiz, der dazu verleite, die letzten Naturräume in den Alpen zu verschandeln. Die Stiftung Landschaftsschutz erinnert den Bundesrat daran, dass die Schweiz die Alpenkonvention unterzeichnet hat und damit die Alpen in ihrer Ursprünglichkeit schützen müsse.

Kritisch äussern sich auch Stromunternehmen. Die Axpo befürchtet,



dass der Höhenbonus den Konflikt zwischen Windkraft und Landschaftsschutz weiter anheizen wird. Die Alpiq will ihre Windanlagen dort realisieren, wo sich möglichst viel Strom gewinnen lässt -

«und nicht dort, wo wir möglichst viele Subventionen abholen», wie ein Unternehmenssprecher sagt. Zustimmung erntet das Projekt hingegen bei der Mehrheit der Stadtzürcher Parteien, wie

eine Umfrage des «Tages-Anzeigers» zeigt. Skeptisch äussern sich einzig Vertreter von SVP und Grünliberalen, die Standorte am Meer für besser geeignet halten. - Seite 3

Deutschland hat endlich wieder eine Regierung

Die Hängepartie hat ein Ende: Drei Monate nach der Bundestagswahl haben gestern CDU/CSU und SPD ihr Kabinett präsentiert. Aus Schweizer Sicht ist vor allem eine Neubesetzung wichtig: Der bisherige CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt wird Verkehrsminister. Er wird damit Ansprechpartner im Lärmstreit rund um den Flughafen Zürich. Ein zwischenstaatliches Abkommen, das die Überflüge über deutsches Gebiet regeln soll, ist momentan in Berlin blockiert. Alles beim Alten bleibt im Finanzministerium, wo mit Wolfgang Schäuble (CDU) ein enger Freund der Schweiz die Führung behält. Aussenminister wird, wie bereits gemeldet, der bisherige SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Die grösste Überraschung gab es bei der Besetzung des Verteidigungsminis-

teriums. Dieses wird künftig von Ursula von der Leyen (CDU) geführt, der ersten Frau in diesem Amt. Die ehrgeizige Christdemokratin bringt sich damit in Position für eine mögliche Nachfolge von Kanzlerin Angela Merkel (CDU).

Der definitiven Regierungsbildung vorausgegangen war die Auszählung des SPD-Mitgliederentscheids über den Koalitionsvertrag. Diese war am Samstag erfolgt. Bei einer Stimmbeteiligung von 78 Prozent stimmten fast 76 Prozent der Parteimitglieder für das Bündnis. Das Votum ist ein starker Vertrauensbeweis für Parteichef Sigmar Gabriel. Er übernimmt neu das Amt des Vizekanzlers und bekommt als Superminister für Wirtschaft und Energie massgeblichen Einfluss auf den Kurs der Regierung. (dn) *Kommentar Seite 2, Berichte Seite 7*

SVP-Initiative bringt Arbeitgeber in Nöte

Die SVP-Initiative «gegen die Masseneinwanderung» wirft ihre Schatten voraus. Mit Blick auf die Volksabstimmung im Februar appellieren führende bürgerliche Politiker an die Arbeitgeber, Hand zu bieten für eine gelockerte und einfachere Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (GAVs). Ähnliche Töne schlägt Justizministerin Simonetta Sommaruga an.

Konfliktstoff birgt auch die Entwicklung auf dem Schweizer Arbeitsmarkt. Vor allem der Umstand, dass das Staatssekretariat für Wirtschaft und das Bundesamt für Statistik - namentlich bei der Jugendarbeitslosigkeit - stark voneinander abweichende Zahlen ausweisen, schafft hohen Erklärungsbedarf. Mit internationalen Standards gemessen ergibt sich eine Jugenderwerbslosenquote von 10,4 Prozent. (rm.) - Seite 5

BVK überprüft Lohn des Chefs nochmals

Die starke Kritik der vergangenen Tage an der Lohnerhöhung für den Chef der Zürcher Beamtenversicherungskasse (BVK) zeigt Wirkung: Der Stiftungsrat will den Entscheid auf Wunsch des BVK-Geschäftsleiters Thomas Schönbächler nochmals überprüfen, wie er gestern Abend überraschend mitteilte. Der Stiftungsrat wollte dessen Lohn auf Anfang 2014 um 50 Prozent auf 380 000 Franken erhöhen. Die heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit, aber auch Reaktionen der Versicherten hätten den Stiftungsrat nun dazu bewogen, auf den Entscheid zurückzukommen. Am 30. Januar will er den neuen Entscheid bekannt geben. SVP-Kantonsrat Claudio Zanetti forderte noch gestern Abend, dass der Stiftungsrat «seinen Lohnentscheid ganz einfach aufhebt und zur Tagesordnung übergeht». (zet) - Seite 13

Heute

Film
Schauspieler Peter O'Toole ist 81-jährig gestorben

Der durch seine Rolle als «Lawrence von Arabien» weltweit bekannt gewordene irische Darsteller Peter O'Toole ist am Samstag gestorben, wie sein Agent gestern Abend mitteilte. O'Toole wirkte in mehr als 50 Filmen mit. - Seite 12

Fussball
Später Ausgleich des FCZ zum 1:1 im Zürcher Derby

Die Zürcher Clubs teilten sich in der letzten Runde des Jahres die Punkte, nachdem das Derby erst in der 2. Halbzeit in Schwung gekommen war. Die Grasshoppers gingen in der 55. Minute durch Caio in Führung, erst kurz vor Schluss gleich Etoundi zum 1:1 aus. - Seite 42

Volksbewegung
Über 17 000 erreichen das Ziel des Zürcher Silvesterlaufs

Bei für diese Jahreszeit angenehmen Temperaturen und angefeuert von Tausenden Zuschauern am Streckenrand, absolvierten über 17 000 Läuferinnen und Läufer gestern den 37. Silvesterlauf durch die Zürcher Innenstadt. Publikumsliebling war Triathlon-Olympiasiegerin Nicola Spirig. - Seite 43

Kommentare & Analysen

«Selten war das Selbstvertrauen der Romands gegenüber den Franzosen so stark wie jetzt.»

Philippe Reichen über zwei ungleiche Nachbarn. - Seite 9

In etablierten Zürcher Clubs regiert der Blödsinn. - Seite 22

Beilage



Bei Sotschi baut man die Berge um, damit sie für Olympia sicher sind.

Service

Wetter	10
Leserbriefe	11
Veranstaltungen	14
Todesanzeigen	21
Fernsehprogramme	28, 29
Rätsel	33



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo-Fr 8-12 und 13-17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Schweiz

Windkraftwerke

Weniger Wind, mehr Subventionen

In der Surselva soll auf 2000 Metern der landesweit grösste Windpark entstehen. Das Projekt erhält nun Schub: Neu erhalten hoch gelegene Windanlagen mehr Subventionen.

Von Stefan Häne

Es ist ein Projekt der Superlative: In der Surselva, auf dem Gemeindegebiet von Lugnez und Obersaxen, soll der grösste Windpark der Schweiz entstehen. Mit Standorten zwischen 2000 und 2500 Metern über Meer wird er zu den höchstgelegenen in Europa gehören. Auch der erhoffte Stromertrag sprengt alle Rekorde: Maximal 40 Windanlagen sollen bis zu 170 Gigawattstunden Strom pro Jahr liefern - mehr als eineinhalbmal so viel, wie aktuell die 34 grösseren Windturbinen im Land zusammen produzieren. Diese Menge würde für die Versorgung von 28 000 Haushalten reichen.

Die Reaktionen der Zürcher Politiker
www.windpark.tagesanzeiger.ch

Hinter dem Projekt stehen das auf Windkraft spezialisierte Unternehmen Altaventa und das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ), das heute schon einen Teil Graubündens mit Strom versorgt.

Der Standort unweit des Skigebiets Obersaxen-Mundaun-Val Lumnezia weist gemäss Schweizer Windkarte ein im Grundsatz gutes Windpotenzial aus. Ob der Wind tatsächlich genug stark weht, ist gleichwohl fraglich. Seit 2010 laufen Messungen. Die Resultate sind noch nicht befriedigend. EWZ-Sprecher Harry Graf räumt ein: «Punkto Wirtschaftlichkeit sind wir noch nicht auf der sicheren Seite.» Um eine Anlage rentabel betreiben zu können, braucht es gemäss Experten nicht nur Windgeschwindigkeiten von 6 Metern pro Sekunde. Der Wind muss auch regelmässig wehen. Nun läuft eine weitere Messreihe. Resultate dürften im Frühjahr vorliegen.

Bundesrat begrüsst Höhenbonus
Schub erhält das Projekt nun möglicherweise dank des Bundes. Ab 1. Januar 2014 kommen Windanlagen in den Bergen in den Genuss eines Höhenbonus. Heute wird jede Kilowattstunde Windstrom mit 21,5 Rappen subventioniert, einerlei, wo die Anlage steht. In Zukunft erhalten neue Anlagen auf 1700 Metern und höher maximal 2,5 Rappen mehr.

Festgesetzt hat diesen Bonus der Bundesrat, als er unlängst neue Regeln für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) für erneuerbare Energien festgeschrieben hat. Vom ersten bis dritten Quartal dieses Jahres betrug die ausbezahlte KEV-Gesamtvergütung knapp 220 Millionen Franken, an Windkraftanlagen gingen davon 6,5 Millionen. Der Löwenanteil kam Solarprojekten zugute.



Eine Windanlage auf 2300 Metern auf dem Gütsch bei Andermatt. Foto: Keystone

Berappen müssen die Subventionen die Stromkonsumenten.

Mit dem Höhenbonus will der Bundesrat den speziellen Bedingungen im alpinen Gelände Rechnung tragen. Weil die Luft in der Höhe dünner und der Wind turbulenter ist, kann eine Anlage nicht so viel Strom produzieren wie im Flachland. Fachleute sprechen von Ertragseinbussen bis zu 25 Prozent. Zudem kostet es in diesen Höhen wegen Vereisung und der schlechten Zugänglichkeit mehr Geld, eine Anlage zu warten. Der Höhenbonus soll gemäss Bundesrat einen Anreiz bieten, Anlagen an alpinen Standorten mit «besten Windverhältnissen» zu erstellen.

EWZ-Sprecher Harry Graf spricht von einem «willkommenen Beitrag», der die Realisierungschancen des Projekts erhöhe. Er betont jedoch, der Höhenbonus allein genüge dafür nicht. Er werde jedoch zum «zusätzlichen Entscheidungselement», sofern die Wirtschaftlichkeit des Projekts nicht ganz gegeben sei. Graf dementiert Gerüchte, wonach das EWZ

beim Bundesrat für den Höhenbonus lobbyiert habe.

Scharfe Kritik am Höhenbonus äussert die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL). Es handle sich um einen schädlichen Subventionsanreiz, der dazu verleite, die letzten Naturräume zu verschandeln. Die SL erinnert den Bundesrat daran, dass die Schweiz die Alpenkonvention unterzeichnet habe und damit die Alpen in ihrer Ursprünglichkeit schützen müsse. Geschäftsleiter Raimund Rodewald verweist zudem auf Österreich und Südtirol, die ganz darauf verzichten würden, Windparks auf ihren Bergen zu erstellen.

Widerstand vor Ort

Widerstand hat sich auch vor Ort formiert. Die Gegner des Windparks haben sich in der Interessengemeinschaft Sezner - Um Su - Grenerberg zusammengeschlossen. «Die Schweiz ist kein Windland», sagt IG-Mitglied Martin Jäger und verweist auf besser geeignete Lokalitäten am und im Meer. Nachhaltig am

Surselva-Projekt sei einzig die Zerstörung der Landschaft. Die Eingriffe in die hochsensible alpine Fauna und Flora stünden in keinem Verhältnis zum Energiegewinn. Dies umso weniger, als ein kantonales Landschaftsschutzgebiet vom Projekt tangiert werde. «Es entsteht ein Industriegebiet mit 40 Türmen von je 140 Meter Höhe oder noch höher», sagt Jäger. Diese «Verschandelung» torpediert nach Ansicht der Gegner auch die jahrzehntelangen Bemühungen der Gemeinden Lumnezia und Obersaxen, den sanften Tourismus zu fördern.

Doch das Projekt hat auch Befürworter. Sie erhoffen sich Aufwind für eine Region, die unter Abwanderung leidet - etwa dank neuen Arbeitsplätzen und Pachtzinsen in der Höhe von Hunderttausenden von Franken. Die ökonomischen Chancen streichen auch Altaventa und das EWZ hervor. Um die Akzeptanz für das Projekt zu erhöhen, haben sie früh einen runden Tisch mit den involvierten Gemeinden, Politikern, Umweltverbänden und Alpengenossenschaften ins Leben gerufen. Die Bündner Sektionen von Pro Natura und WWF können sich einen Windpark an dieser Lage vorstellen - allerdings nur unter der Bedingung, dass er möglichst nah beim Skigebiet gebaut wird. So beeinträchtigt er kaum das kantonale Landschaftsschutzgebiet und tangiere das angrenzende nationale Schutzgebiet nicht.

Freie Sicht auf den Piz Terri

Trotz der bisherigen Messresultate bezeichnen das EWZ und Altaventa den Standort als vielversprechend. Die Distanz zu bewohnten Gebieten sei gross, somit seien die Anlagen auch bei hohen Windgeschwindigkeiten nicht hörbar. Auch sei das Gebiet gut erschliessbar. Es führe bereits eine lastwagentaugliche Strasse bis auf 2100 Meter, weshalb Ausbauten nur punktuell erfolgen müssten. Dem widersprechen die Gegner: Für Zufahrtsstrassen und Bauplätze würden viele Hektaren Kultur- und Weideland geopfert, sagt Martin Jäger und warnt vor «öden Industriebrachen, die jahrzehntlang weithin sichtbar bleiben».

Vorbehalte hat auch der Schweizerische Alpen-Club (SAC), der Windanlagen oberhalb von 1400 Metern in unverbauten oder unerschlossenen Gebieten ablehnt. Die SAC-Sektion Piz Terri hat Widerstand angekündigt für den Fall, dass eine Anlage auf dem Um Su (2357 m) gebaut wird. Auch verlangt sie weiterhin freie Sicht vom beliebten Skitourengipfel - auf ihren Hausberg Piz Terri (3149 m).

Pentagon finanziert Schweizer Studien

Das US-Verteidigungsministerium finanziert Forschungsprojekte an Schweizer Hochschulen. Allein in den letzten zwei Jahren hätten die US-Streitkräfte über eine Million Dollar für insgesamt ein Dutzend Studien an der ETH sowie den Universitäten Zürich, Bern und Neuenburg eingeschossen, schreibt die «SonntagsZeitung». Diverse dieser Projekte sind militärisch oder geheimdienstlich nutzbar. An der ETH Zürich finanziert die US-Luftwaffe eine dreijährige Doktorandenstelle mit 200 000 Dollar. Die Hochschule tüfelt mit dem Geld an der Verbesserung von Flügelstrukturen - nutzbar für die Weiterentwicklung von Flugzeugen. Die ETH Lausanne und die Uni Zürich erhielten je 80 000 Dollar für Studien über Datenverarbeitung. Ziel: effizienteres Verwalten und Durchsuchen grosser Datensätze. Die Hochschulen bestätigen die Zuschüsse aus dem Pentagon. Gegenleistungen gebe es nicht. Hochschulpolitiker sind empört und fordern die Offenlegung der Zahlungen. «Diese Kooperationen müssen gestoppt werden», sagt SVP-Nationalrat Felix Müri. Auch SP-Nationalrat Matthias Aebischer spricht sich gegen die Annahme der Gelder aus. (rub)

Nachrichten

Verwaltung

Bundeskanzlerin Casanova: Luxusreise auf Staatskosten

Bundeskanzlerin Corina Casanova reiste 2010 für einen 32-Minuten-Vortrag und ein Treffen mit Gouverneur Schwarzenegger für fünf Tage nach Kalifornien. Mit den zwei First-Class-Tickets für sich und ihren Mitarbeiter, dem Viersternhotel und der Limousine kostete die Reise laut «SonntagsZeitung» 40 000 Franken. Sechs Monate später flog sie für 14 452 Franken nach Montreal. Casanovas Vorgängerin Annemarie Huber-Hotz ist nie erste Klasse gereist. Alfred Heer (SVP), Präsident der Subkommission des Nationalrats, die die Ausgaben der Bundeskanzlei beaufsichtigt, fordert eine Untersuchung: «Meiner Meinung nach ist ein Preisaufschlag von 10 000 Franken pro Person in der ersten Klasse für ein Treffen niedriger Priorität in San Francisco nicht zu rechtfertigen.» (TA)

Initiativen

Parlamentarier wollen höhere Hürden für Volksinitiativen

Die Flut von Volksinitiativen lässt Parlamentarier handeln. Angeführt vom Obwaldner CSP-Nationalrat Karl Vogler fordern 40 Nationalräte in einem Postulat vom Bundesrat, «limitierende Mechanismen für Volksinitiativen» zu prüfen. Initiativen würden nicht primär eingereicht, um Reformen anzustossen oder Grundsatzfragen zu klären, kritisiert Vogler in der «NZZ am Sonntag». Es gehe oft nur darum, Politmarketing zu betreiben. Vogler könnte sich vorstellen, dass Stimmbürger eine Initiative nur noch auf der Gemeindekanzlei unterschreiben können. Oder dass die Unterschriftensammlung nur gestartet werden darf, wenn eine bestimmte Anzahl Parlamentarier hinter dem Anliegen steht. (TA)

Migration

Bund führt Sprachenpass für fremdsprachige Ausländer ein

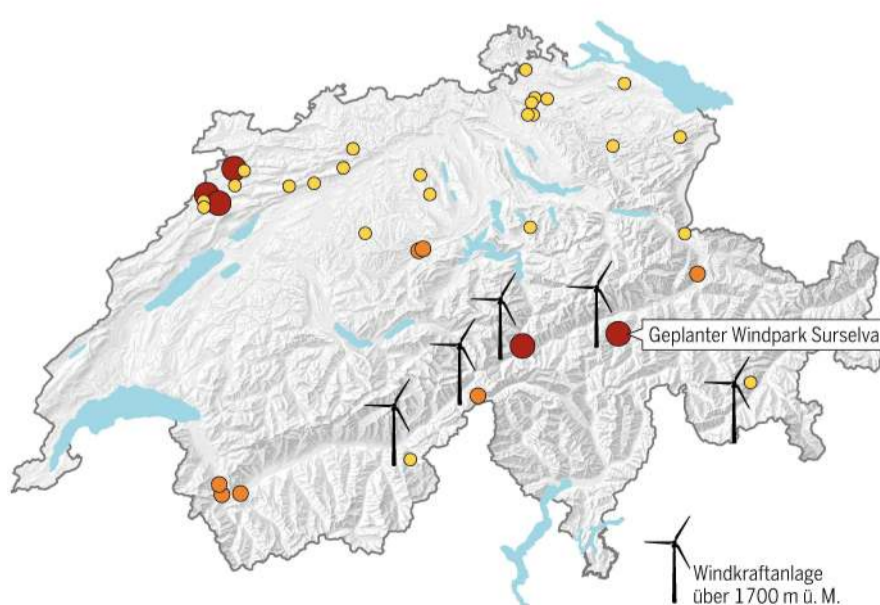
Der Bund führt einen Sprachenpass für fremdsprachige Ausländer ein, die sich in der Schweiz dauerhaft niederlassen wollen. Auf dem Pass wird eingetragen, welche Kompetenzen jemand in einer der Landessprachen hat. Nur wer sich verständigen kann, erhält künftig eine unbeschränkte C-Bewilligung. «Der Sprachenpass wird frühestens 2015 vorliegen», sagte Adrian Gerber vom Bundesamt für Migration zu einem Bericht der «NZZ am Sonntag». (SDA)

Atomkraftwerke

Ensi sieht Erdbebennachweis für Mühleberg erbracht

Die Stauanlagen um Mühleberg stellen nach Überzeugung des Bundes auch bei einem starken Erdbeben keine Gefahr für das AKW dar. Die Bernischen Kraftwerke musste die Berechnungen der Erdbebensicherheit für Stauanlagen im Einflussbereich des AKW vervollständigen. Laut dem Nuklearsicherheitsinspektorat Ensi sind nun alle Fragen geklärt. (SDA)

Windkraftanlagen in der Schweiz



● kleine Windkraftanlage (<300 kW) ● grosse Windkraftanlage (>300 kW) ● Windpark
TA-Grafik mruw / Quelle: Bundesamt für Energie

Höhenbonus für Windräder Axpo warnt vor Konflikten

Der Ausbau der Windenergie ist ein Pfeiler der Energiestrategie des Bundesrats. Bis 2050 soll die Stromproduktion von heute 108 Gigawattstunden (GWh) auf 4200 GWh pro Jahr steigen. In der Schweiz werden derzeit jährlich 60 000 GWh Strom verbraucht. Der Anteil der Windenergie an der Gesamtproduktion liegt unter 0,2 Prozent. Suisse Eole, die Vereinigung zur Förderung der Windenergie in der Schweiz, beziffert das Potenzial der Windenergie auf 6000 GWh. Den Höhenbonus für Windräder auf über 1700 Metern begrüsst Suisse Eole. Er helfe, Praxiserfahrung zu gewinnen und die Effizienz von Anlagen in den Alpen zu steigern. Einen Boom von Windanlagen im Gebirge erwartet Sprecher Markus Ahmadi nicht, weil es nach wie vor schwierig bleibe, eine Anlage in solchen Höhen rentabel zu betreiben. Das Bundesamt für Energie teilt diese Einschätzung. Mit dem Höhenbonus werde nur ein Teil der effektiven Mehrkosten für Anlagen auf über 1700 Metern kompensiert, sagt eine Sprecherin: «Es werden nicht alle alpinen Standorte rentabel, sondern nur die mit besten Windverhältnissen.»

Skeptisch äussern sich Energieunternehmen. Alpi will seine Anlagen dort realisieren, wo sich möglichst viel Strom produzieren lässt - «und nicht dort, wo wir möglichst viele Subventionen abholen», wie ein Sprecher sagt. Alpi betreibt keine Windparks auf über 1700 Metern und plant auch keine. Dies gilt auch für die Axpo, die in Off- und Onshore-Windprojekte in Deutschland und Frankreich investiert. Den Höhenbonus lehnt sie ab: Es würden so Anlagen gefördert, deren Gesteigungskosten deutlich über denen der Standorte in Meeresnähe und sogar im Mittelgebirge lägen, sagt ein Sprecher. «Hinzu kommt, dass damit der Konflikt Landschaftsschutz versus Windkraft weiter angeheizt wird.» Positiver äussern sich der Berner Energiekonzern BKW, der im Höhenbonus ein probates Fördermittel sieht. Entscheidende Kriterien seien allerdings die Zugänglichkeit und die Wirtschaftlichkeit insgesamt. Anders als Alpi und Axpo liebt die BKW mit Windanlagen in alpinen Höhen. So laufen bereits Windmessungen am Standort Tällialp in Hinterrhein GR. (sth)